



# Fraktion aktuell

Der Newsletter der SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

81 | 20.01.2023

Liebe Leserin, lieber Leser,

seit zwei Wochen sind die Weihnachtsferien beendet und wir als Fraktion haben unsere Arbeit wieder aufgenommen. Der Start ins neue Jahr wurde überschattet von Krawallen in der Silvesternacht, von Gewalttaten auch gegen Rettungs- und Sicherheitskräfte. Diese Gewaltexzesse standen auch im Mittelpunkt unserer Ratsversammlung gestern.

Eine interessante Lektüre wünscht

Lars Kelich, Fraktionsvorsitzender

## **Solidarität mit Rettungs- und Sicherheitskräften – Nein zu Gewalt!**

In einer Resolution haben wir in der Ratsversammlung gestern unseren Dank für den schwierigen Einsatz von Rettungs- und Sicherheitskräften in der vergangenen Silvesternacht ausgesprochen und sie unserer Solidarität versichert. Die Gewalt, der gerade Rettungsdienste und Sicherheitskräfte ausgesetzt waren, haben wir scharf verurteilt und eine lückenlose Aufklärung der Gewalttaten in der Silvesternacht verlangt. „Gewaltlosigkeit und Respekt – gerade gegenüber Menschen, die zur Rettung und zum Schutz anderer Menschen beitragen – ist eine zentrale Grundlage für unser Gemeinwesen und für das Zusammenleben in unserer Stadt“, heißt es in der [Resolution](#).

Eine Stadt für alle.





Facebook-Posts vom 11. und vom 19. Januar.

Zugleich haben wir uns gegen jegliche Versuche verwehrt, allein bestimmte Bevölkerungsgruppen vorschnell für die Gewalttaten verantwortlich zu machen und vorzuverurteilen. In einer Aktuellen Stunde zum Thema wies unser ordnungspolitischer Sprecher Jens Menge darauf hin, dass in Berlin für die Gewaltexzesse zunächst 145 meist ausländische Jugendliche verantwortlich gemacht worden seien; eine Woche später war dann von 38 überwiegend deutschen Tätern die Rede.

Dementsprechend müsse die Aufklärung der Gewalttaten aus der Silvesternacht abgewartet, dann aber auch mit aller Konsequenz nach Lösungen für die – vielschichtigen – Probleme gesucht werden. Dabei ist schon jetzt klar, dass ordnungspolitische Ansätze hierbei nicht ausreichen werden.

## Neujahrsempfang im Neuen Rathaus



Willkommen im Rathaus! – Am 9. Januar öffnete das Neue Rathaus nach zwei Jahren Pause erstmals wieder seine Türen zum Neujahrsempfang der Landeshauptstadt und ermöglichte Besucher\*innen besondere Einblicke in dessen Räume.

Das Neue Rathaus ist zum Neujahrsempfang gut gefüllt.  
Foto: Jan de Vries

Auch unsere Fraktion war im Mosaiksaal mit einem Stand vertreten. Unter dem Motto des Neujahrsempfangs „Ich. Du. Wir. Hannover – soziale Wärme und Solidarität“ kamen wir mit vielen Bürger\*innen ins Gespräch, beantworteten viele Fragen und konnten etliche Wünsche und Anregungen für unsere Ratsarbeit mitnehmen.

Der Neujahrsempfang wurde von einem Programm begleitet, in dessen Rahmen sich nicht nur die Ratsfraktionen, sondern auch die städtischen Dezernent\*innen und Vertreter\*innen der Initiative für ein Jugendparlament, des Seniorenbeirats und der Integrationsbeiräte in den Stadtbezirken vorstellten. Zudem war neben der Initiative „Hanover for Iran“ und verschiedenen ukrainischen Kulturvereinen viele weitere Akteure der Stadtgesellschaft vertreten. Besonders eindrücklich war die Ausstellung mit Bildern aus dem Alltag von wohnungslosen Menschen der „Asphalt“-Fotografin Karin Powser, die im November im Berliner Schloss Bellevue von unserem Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet worden war – wir gratulieren!

---

## **Einsamkeit in Hannover**

In einer gemeinsamen Sitzung des Sozialausschusses mit dem Gleichstellungsausschuss und dem Jugendhilfeausschuss fand am Montag eine Anhörung zum Thema „Einsamkeit in Hannover – was machen die Wohlfahrtsverbände schon heute – was muss seitens der Stadt noch getan werden?“ statt.

Geladen waren Vertreter\*innen der hiesigen Sozialverbände sowie Wissenschaftler\*innen. Die Sozialverbände berichteten über ihre derzeitige Angebotslandschaft und stellten ihre Wünsche für die zukünftige Arbeit vor. Viele Angebote, offline wie online, gibt es bereits. Angebote in den Stadtteilen, die die Menschen in ihrer Wohnumgebung erreichen, sowie aufsuchende Angebote zeigen Erfolge. Von Einsamkeit betroffen sind vor allem, aber nicht nur ältere Menschen. Jede Person, die in ihrer Teilhabe eingeschränkt ist, hat ein erhöhtes Risiko zu vereinsamen. So wurde mehrmals darauf hingewiesen, dass besonders Menschen mit Migrationsgeschichte überdurchschnittlich oft unter Einsamkeit leiden. Anja Schneider vom Verein Selbstbestimmt Leben berichtete, dass die Einführung eines Stammtisches für Menschen mit und ohne Behinderung geplant sei. Auch behinderte Menschen sind in ihrer Teilhabe oft eingeschränkt und daher öfter einsam.

Karin Haist von der Körber Stiftung Hamburg berichtete von dem Projekt „Einsamkeit in der Kommune“, das sinnvolle Ansätze innerhalb der Kommune zu etablieren versucht. Auch Karoline Adamski vom Landeskompetenzzentrum Demenz der Caritas berichtete, dass es landesweit Modellprojekte gibt, um Menschen wohnortnah zu erreichen. In Hannover wurden dazu bereits zahlreiche Projekte auf den Weg gebracht. Beispielsweise wurde die Einrichtung von Quartierszentren beschlossen, die Pflege und Begegnung verbinden sollen.

Die Sozialverbände wünschen sich vor allem längere Projektlaufzeiten, um mehr Sicherheit in der Planung zu erreichen und eine bessere finanzielle Ausstattung, um sich personell besser aufzustellen. Von Seiten der Wissenschaft wurde allerdings angemerkt, dass die Wohlfahrtsverbände in manchen Bereichen besser zusammenarbeiten könnten, um Synergien zu nutzen. Die Verbände seien daher auch selbst gefordert, aufeinander zuzugehen und ihre Angebote aufeinander abzustimmen, um sie insgesamt zu verbessern. Maike Luhmann von der Universität Bochum betonte zusätzlich, dass das eigene ehrenamtliche Engagement ein sehr wirkungsvolles Instrument gegen Einsamkeit ist. Darum sollten viele Menschen ermutigt werden, sich ehrenamtlich zu engagieren.

Einig waren sich alle Redner\*innen darin, dass Angebote nicht unter der Bezeichnung Einsamkeit firmieren sollten. Vielmehr sollte das Positive an der Möglichkeit des Zusammenkommens herausgestellt werden.



## Konzept für den Mecki 2.0

Mit dem Konzept zum sogenannten [Kontaktladen Mecki 2.0](#), das uns am Montag im Sozialausschuss vorgestellt wurde, wird ein wichtiger und dringend notwendiger Schritt zur Verbesserung der Versorgung und Beratung von Wohnungslosen gemacht. Die Kapazitäten des bisherigen Kontaktladens [Mecki](#) reichen nicht annähernd aus, um auf die vielfältigen und vielschichtigen Problemlagen der Zielgruppe reagieren zu können.

Die Verbesserung der Situation obdach- und wohnungsloser Menschen ist ein wichtiges Ziel unserer Sozialpolitik. Deshalb haben wir die Schaffung neuer Angebote, wie das Housing first-Projekt der [Stiftung Ein Zuhause](#), und den Ausbau bestehender Angebote, beispielsweise das Winternothilfeprogramm, gefördert und unterstützt. Ein wichtiger Baustein zur

Facebook-Post vom 16. Januar.

Ausweitung der bestehenden Angebote ist die Schaffung des Mecki 2.0, um dem steigenden Bedarf gerecht werden zu können. Der Mecki 2.0 wird weiterhin vom Diakonischen Werk betrieben und in einem Gebäude in der Augustenstraße angesiedelt sein. Die bisherigen Angebote der Beratung und medizinischen Versorgung werden fortgeführt und ausgeweitet. Zum Angebot gehören die bedarfsgerechte Vermittlung an weiterführende Versorgungs- und Beratungsangebote, die Möglichkeit, sich in Ruheräume zurückzuziehen, und tagesstrukturierende Aktivitäten. In den oberen Stockwerken des Gebäudes werden Notschlafstellen eingerichtet werden. Diese Verbindung verschiedener Hilfsangebote begrüßen wir ausdrücklich und werden die Umsetzung des Projekts weiter unterstützen.

Der neue Mecki 2.0 ist Teil eines Gesamtkonzeptes zur Verbesserung der Situation aller Menschen im bahnhofsnahen Bereich. Dazu gehört auch die Aufwertung der Situation auf dem Raschplatz. Durch die Verlegung des Kontaktladens in die Augustenstraße sollte sich die Lage am Raschplatz verbessern. Die Anlage eines Sandplatzes für Sportveranstaltungen und andere Aktivitäten im kommenden Sommer soll einen weiteren Baustein zur Verbesserung der allgemeinen Aufenthaltsqualität bilden.

## Bestandsausbau vereinfachen – Wohnungsmarkt in Hannover entlasten

Nach wie vor besteht in Hannover ein immenser Bedarf an bezahlbaren Wohnungen. Um den angespannten Wohnungsmarkt zu entlasten, setzen wir deswegen eine Forderung unseres Wohnkonzeptes „Hannover Housing“ nach dem Ausbau von Dachgeschossen und einer Aufstockung im Bestand um. Mit unserem Antrag „[Bestandsausbau und -aufstockung ermöglichen – Mieten bezahlbar halten](#)“ beauftragen wir die Verwaltung, das Ausbauprojekt grundsätzlich bevorzugt zu behandeln. Eigentümerinnen und Eigentümer, die in ihren Bestandsimmobilien Dachgeschosse zu Wohnungen

ausbauen oder das Gebäude zu Wohnzwecken aufstocken möchten, sollen besonders bei baurechtlichen Bestimmungen, wie zum Beispiel beim Brandschutz, Unterstützung und Beratung erhalten.

Neben den großen Akteur\*innen der Wohnungswirtschaft nehmen wir dabei besonders die kleinen Eigentümer\*innen in den Blick, die nur ein oder wenige Objekte besitzen. Häufig gibt es in diesen Immobilien Bestandsmieten, die eine stabilisierende Wirkung auf dem Wohnungsmarkt besitzen und den starken Mietanstieg bremsen. Der Ausbau und die Aufstockung von Bestandsgebäuden trägt zudem zur Reduzierung des Flächenverbrauchs bei, da hierfür keine neuen Flächen versiegelt werden müssen.



Facebook-Post vom 18. Januar.

## Weiterer Fortschritt für den Wohnungsbau in Leinhausen

Seit Jahren wird das Bahn-Ausbesserungswerk in Leinhausen nicht mehr vollständig genutzt. Nachdem die Deutsche Bahn Teile des Geländes verkauft hatte, soll auf diesen Flächen nun der Bau von Wohnungen ermöglicht werden. Auf acht Hektar entstehen 650 bis 700 neue Wohnungen, 30 Prozent davon als geförderte Sozialwohnungen. Vorgesehen sind Wohnangebote für alle Generationen: Von Wohnungen für Studenten (1-Zimmer-Appartements), über ein Pflegeheim (mit rund 120 Betten) bis zu Wohnungen für Betreutes Wohnen.

Der dafür notwendige [Satzungsbeschluss](#) des Bebauungsplans ist nach dem Bauausschuss im Dezember jetzt auch im Ausschuss für Umweltschutz, Klimaschutz und Grünflächen erfolgt. Abschließend wird das Baurecht durch Beschluss des Rates in der Februarsitzung geschaffen.

Das Areal liegt gegenüber dem Stöckener Friedhof und ist über Stadt- und – wenig weiter entfernt – S-Bahn gut an den Öffentlichen Nahverkehr angebunden. Mit dem Wohnungsbau, der hier möglich würde, wird das Wohnraumangebot in unserer Stadt nochmals deutlich vergrößert.

Eine Stadt für alle.

### Impressum:

Herausgeberin: SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover  
Friedrichswall 15, 30159 Hannover, V.i.S.d.P.: Dr. Marc-Dietrich Ohse,  
spd@hannover-stadt.de, www.spdratsfraktionhannover.de  
Fotos: unsplash.com/@error420, SPD-Ratsfraktion

Für Inhalte und Gestaltung der verlinkten Internetseiten übernehmen wir keine Verantwortung.

